

**Niederschrift über die
28. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-
Saarburg am 20.06.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier
(öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:13** Uhr

Ende: **20:15** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Bernhard Busch	bis 18:54 Uhr (TOP 8)
Herr Matthias Daleiden	entschuldigt
Herr Hartmut Heck	
Herr Bernhard Henter	bis 19:47 Uhr (TOP 12)
Herr Dieter Klever	Vertretung für Herrn Matthias Daleiden
Herr Sascha Kohlmann	bis 19:59 Uhr (TOP 12)
Herr Alfons Maximini	
Frau Jutta Roth-Laudor	
Frau Ingeborg Sahler-Fesel	
Herr Wolfgang Schäfer	ab 17:30 Uhr (TOP 3) bis 18:49 Uhr (TOP 6)
Frau Kathrin Schlöder	
Herr Dr. Karl-Georg Schroll	
Frau Simone Thiel	
Herr Markus Thul	bis 19:45 Uhr (TOP 12)

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels	
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis	bis 19:18 Uhr (TOP 9)
Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt	

Verwaltung

Frau Miriam Decker	Abteilung 3 - Gebäudemanagement und Schulen (zu TOP 6)
Herr Christoph Fuchs	Büroleiter
Herr Alexander Hussy	Abteilung 3 - Gebäudemanagement und Schulen (zu TOP 11)
Herr Stefan Krewer	Abteilung 6 - Kommunales und Finanzen (zu TOP 5)
Herr Andreas Müller	Abteilung 2 - Zentralabteilung (zu TOP 7)
Herr Thomas Müller	Pressestelle (TOP 1 - TOP 4)
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I
Frau Irmgard Schmitt	Abteilung 3 - Gebäudemanagement und Schulen (zu TOP 12)
Herr Detlef Schmitz	Leiter der Abteilung 8 - Sozialamt (zu TOP 1)

Herr Stephan Schmitz-Wenzel
Herr Ludwig Wagner

Leiter des Geschäftsbereichs III
Abteilung 3 - Gebäudemanagement und
Schulen (TOP 9 - TOP 10)

Gäste

Herr Albert Follmann
Herr Peter Müller

Trierischer Volksfreund (TOP 1 - TOP 4)
Mitglied des Kreistages
bis 19:02 Uhr (TOP 9)

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Sabina Quijano Burchardt

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Zu Beginn der Sitzung beschließt der **Kreisausschuss** einstimmig den Tagesordnungspunkt 4.1 „Atomkraftwerk Tihange; Gemeinsame Vorgehensweise der Landkreise und der Stadt Trier“ als eigenständigen neuen Tagesordnungspunkt 3 zu beraten. Zudem beschließt der Kreisausschuss jeweils einstimmig, die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern.

Die Tagesordnung wird wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

1. **Kostenbeteiligung des Landkreises an der ehrenamtlichen Unterstützung zur Bewältigung der Asylbewerbersituation; Vorlage: 0163/2016/1**
2. **Information über vorhandene Elektrotankstellen und Elektroautos sowie eine Abschätzung einer möglichen Nachfrage für Elektrotankstellen im Landkreis (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.06.2016)
Vorlage: 0226/2016**
3. **Atomkraftwerk Tihange; Gemeinsame Vorgehensweise der Landkreise und der Stadt Trier; Vorlage: 0224/2016**
4. **Informationen und Anfragen**

1. **Kostenbeteiligung des Landkreises an der ehrenamtlichen Unterstützung zur Bewältigung der Asylbewerbersituation**
Vorlage: 0163/2016/1

Protokoll:

Der **Landrat** informiert über den Inhalt der Vorlage und den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) teilt mit, dass die CDU-Kreistagsfraktion zustimmen werde.

Da keine weitergehenden Wortmeldungen bestehen, fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt für die Kostenbeteiligung an der ehrenamtlichen Unterstützung der Asylbewerbersituation im Landkreis 70.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Die Zuteilung auf die Verbandsgemeinden und Verwendung der Mittel erfolgt nach dem in der Vorlage beschriebenen Verfahren.

Der im Haushalt zur Haushaltsstelle 31301-557100 (sonstige Leistungen - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) angebrachte Sperrvermerk über die 70.000 Euro wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2. **Information über vorhandene Elektrotankstellen und Elektroautos sowie eine Abschätzung einer möglichen Nachfrage für Elektrotankstellen im Landkreis (Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 06.06.2016); Vorlage: 0226/2016**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** geht auf den Antrag der CDU ein, dem ein Schreiben von Kreistagsmitglied Müller (ALFA) vorangegangen sei. In dem Zusammenhang begrüßt er Kreistagsmitglied Müller, der im Zuhörerbereich an der Sitzung teilnimmt.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erklärt, dass die Fraktion den Antrag des Kreistagsmitgliedes Müller (ALFA) zum Anlass genommen habe, um sich generell über die Thematik zu informieren. Es sei anzunehmen, dass die Elektromobilität in den kommenden Jahren zunehme. Insofern bittet er darum, über die weiteren Entwicklungen zu diesem Thema zukünftig in regelmäßigen Zeitabständen im Kreisausschuss zu berichten.

Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG) erklärt, dass die Fraktion die wachsame Begleitung dieser Entwicklung unterstütze, jedoch darauf be-

dacht sei, die Zuständigkeiten zu beachten. Die Ortsgemeinde Longuich habe so in eigener Zuständigkeit am Klimaschutzteilkonzept teilgenommen und eine Förderung erhalten. Sie bittet darum, derartige Anregungen auf Ortsgemeinde- und Verbandsgemeindeebene zu verfolgen.

Auf Rückfrage des Kreisausschussmitgliedes **Dr. Schroll** (Piraten) informiert der **Landrat**, das es noch keine Erfahrungswerte bzgl. einer Bundesförderung für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen gebe, da diese Förderung noch nicht abrufbar sei.

Weiterhin schlägt er vor, die Thematik in 6 Monaten nochmals aufzurufen.

Laut Information der Vorlage wäre das RWE grundsätzlich bereit, ein kommunales E-Mobilitätskonzept für den Landkreis zu erarbeiten, so Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU). Er halte die Erarbeitung eines solchen Konzeptes für sinnvoll. Fraglich sei, welche Kosten damit verbunden seien. Er bittet darum, die Erarbeitung eines Konzeptes bei RWE anzufragen.

Wichtiger als die Kosten seien die Inhalte eines solchen Konzeptes, so Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten). Die Elektromobilität dürfe sich nicht nur auf den privaten PKW-Verkehr konzentrieren.

Kreisausschussmitglied **Kohlmann** (CDU) gibt zu bedenken, dass nicht nur die Autos im Landkreis dabei ausschlaggebend seien. Er verweist auf andere Länder, in denen die Elektromobilität bereits weiter entwickelt sei. Touristische Aspekte müssten einbezogen werden.

Landrat **Schartz** fasst zusammen, dass die Verwaltung ihrerseits beim RWE anfragen werde, ob ein derartiges Konzept auf Kreisebene möglich sei. Im Zusammenhang damit sollten die Kosten, die Aspekte des Individualverkehrs, des Personennahverkehrs, des Tourismus (z. B. E-Bikes, etc.) erfragt werden.

Der **Kreisausschuss** ist mit dem Vorschlag des Landrates einverstanden.

3. Atomkraftwerk Tihange; Gemeinsame Vorgehensweise der Landkreise und der Stadt Trier; Vorlage: 0224/2016

Protokoll:

Landrat **Schartz** klärt über den Sachverhalt auf und verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Die Zielsetzung gegen die Weiterbetriebsung dieser Atomkraftwerke sei sicherlich eindeutig. Fraglich sei nur, ob eine Klage in alle Richtungen erfolgsversprechend sei. Im Hinblick auf das Atomkraftwerk Cattenom bestehe aktuell genehmigungsrechtlich kein Ansatz, um dagegen vorzugehen.

Um in der Energiepolitik eine eindeutige und glaubwürdige Richtung zu vertreten, sollte sich der Landkreis an der Klage beteiligen, so Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD).

Dieses Atomkraftwerk sei hinsichtlich der Sicherheitsmängel noch kritischer als das Atomkraftwerk Cattenom zu sehen. Andererseits bestehen in Cattenom mittlerweile auch eklatante Mängel, sie sicherlich zu einer Klage drängten. Diesbezüglich sei fraglich, inwieweit die beim letzten Stresstest festgestellten Mängel bisweilen beseitigt seien. Im Bezug darauf erinnert er an einen Bericht im Kreisausschuss durch Herrn Majer, ehemaligen Unterabteilungsleiter für Reaktorsicherheit des Bundesumweltministeriums, welcher seitens der saarländischen Landesregierung sowie durch die Länder Rheinland-Pfalz und Luxemburg als Beobachter während des Stresstestes bestellt worden sei.

Auch Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) teilt die Auffassung seines Vorredners, sich dieser Klage anzuschließen. Außerdem beantragt er, in einer der folgenden Kreisausschusssitzungen ein Vertreter des Landes bzw. zuständigen Mitarbeiter des Ministeriums einzuladen, der über die Beseitigung der Mängel des Stresstestes des Atomkraftwerkes Cattenom berichten solle.

Nachfolgend berichtet der **Landrat** über seine Kenntnisse als Mitglied aus den Sitzungen der Commission Locale d'Information de Cattenom. Demnach würde die Hochwassersicherheit verbessert und der Notstromzugang zu den Blocks erdbebensicher ausgebaut werden. Die Nachrüstung werde derzeit vorgenommen. Eine offizielle Stellungnahme der Landesregierung liege ihm jedoch nicht vor.

Kreisausschussmitglied **Thiel** (CDU) bittet darum, ergänzend zu erfragen, wie weit die Vorbereitungen für den Stresstest 2017 bereits vorangeschritten seien.

Daraufhin fasst der **Kreisausschuss** die nachfolgenden Beschlüsse:

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Unterstützung der Klage der StädteRegion Aachen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung in einer der kommenden Sitzungen des Kreisausschusses einen Vertreter des Landes bzw. zuständigen Mitarbeiter des Ministeriums einzuladen, der über die Beseitigung der Mängel des letzten Stresstestes des Atomkraftwerkes Cattenom und über die Vorbereitungen für den Stresstest 2017 berichten soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird eine separate Niederschrift erstellt.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Scharz)
Landrat

(Christine Inglen)
Kreisoberinspektorin